

**Offener Brief an den Polizeipräsidenten der Stadt Dortmund, Herrn
Hans Schulze** **Dortmund, den 24. April 2008**

Dortmund bleibt unsere Stadt– weltoffen und demokratisch!
Schluss mit der Duldung und Verharmlosung von Nazigewalt!

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,

„Dortmund ist unsere Stadt“ – immer öfter tragen Neonazis T-Shirts mit diesem Aufdruck. Die Parole geht zurück auf die Ermordung des Punkers Thomas „Schmuddel“ Schulz durch mehrere Messerstiche eines 17-jährigen Neonazis an der U-Bahnstation Kampstrasse am 28. März 2005. Die neonazistische „Kameradschaft Dortmund“ veröffentlichte damals eine Stellungnahme, in der es hieß: „Kamerad wegen Mordversuch in U-Haft. Die Machtfrage wurde gestellt und wurde für uns befriedigend beantwortet: Dortmund ist unsere Stadt.“ Schmuddels Mörder aber wurde als verwirrter jugendlicher Einzeltäter ohne politischen Hintergrund verurteilt.

„Dortmund ist unsere Stadt“ – dieses Gefühl müssen Neonazis spätestens seit dem 1. Mai 2007 haben. Damals haben Sie, Herr Polizeipräsident, trotz massiver Proteste eines breiten Bündnisses von Nazigegnern, die Neonazis mit städtischen Bussen zu ihrem Kundgebungsplatz chauffieren lassen. Zuvor hatten Ihre Beamten entlang der Aufmarschstrecke der Neonazis antifaschistische Plakate, unter anderem der Gewerkschaften, entfernt und den Aufmarschplatz von Jauche reinigen lassen. Die braunen Gäste sollten sich offenbar in Dortmund wohl fühlen. Kein Wunder, wenn sie sich dadurch ermutigt fühlten, ausgerechnet am Antikriegstag, dem 1. September, im Dortmunder Westen erneut aufzumarschieren.

"Dortmund ist unsere Stadt" - Diese Parole entspricht dem Selbstverständnis der Dortmunder Neonazi-Szene. Bewaffnete Überfälle auf Linke und MigrantInnen, auf Grüne und AntifaschistInnen – bis hin zu Mordaufrufen - werden mittlerweile genauso im Wochentakt bekannt wie Attacken auf die Gaststätte „Hirsch Q“, Steinwürfe auf linke Wahlkreisbüros und rassistische Pöbeleien. Eine vom Bündnis Dortmund gegen Rechts erstellte Chronik listet mehr als 90 Vorfälle, von Hakenkreuzschmierereien über Neonazi-Aufmärsche bis zum Mord, innerhalb der letzten sechs Jahre auf.

„Dortmund ist unsere Stadt“ – diese Parole wurde am 21. Mai 2007 auf die zuvor bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen eingeworfene Scheibe des Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE in der Münsterstraße gesprüht. Die Nazis wollen zeigen: Wer aktiv gegen die rechtsextremen Umtriebe ist, muss mit gewaltsamen Konsequenzen rechnen. Hier im linken Zentrum hatte sich zuvor das Bündnis gegen den Naziaufmarsch vom 1. Mai getroffen.

„Dortmund ist unsere Stadt“ – unter dieser Losung versuchen militante Neonazis seit Jahren die Ruhrgebietsmetropole zur rechten Hochburg im Westen und zur No-Go-Area für alle, die nicht in ihr Weltbild passen, zu machen.

Von Ihrer Seite, Herr Polizeipräsident, wurde bislang ignoriert und beharrlich geleugnet, dass Dortmund ein Nazi-Problem hat. Selbst, wenn Neonazis am Ort eines Überfalls „Sieg Heil“ rufend angetroffen oder offensichtliche Nazisymbole wie Hakenkreuze geschmiert werden, heißt es von Seiten der Polizei routinemäßig: „Ob

die Tat einen rechtsextremen Hintergrund hat, ist derzeit nicht bekannt und Gegenstand weiterer Ermittlungen.“

Wir fordern Sie auf, endlich konsequent gegen rechtsextrem motivierte Gewalt- und Straftaten vorzugehen, anstatt Überfälle als unpolitische Schlägereien von Jugendlichen zu verharmlosen. Wir erwarten von Ihnen, aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht weiter zu kriminalisieren oder zu behindern.

Selbst die Stadtspitze sieht jetzt ein, dass Dortmund ein Problem mit Neonazis hat und dringend etwas gegen diese braune Pest unternommen werden muss. Dazu hat sie einen Aktionsplan erstellt und ein Koordinierungsbüro im Rathaus eingerichtet. Nun ist es Zeit, dass auch Sie, Herr Polizeipräsident, endlich offen zugeben, dass Rechtsextreme und Neonazis sich in Dortmund immer dreister breitmachen und immer aggressiver auftreten. Das lässt sich nicht länger ignorieren oder schönreden!

Herr Schulze, unsere Geduld ist am Ende.

Handeln Sie endlich oder treten Sie zurück – wegen Unfähigkeit oder Unwilligkeit bei der Bekämpfung rechtsextremer Straftaten.

Der Ruf unserer Stadt hat schon genug gelitten. Jetzt gilt es zu handeln. Denn Dortmund soll unsere Stadt bleiben - weltoffen und demokratisch, gegen Rassismus und Rechtsextremismus“.

Stefan Nölleke
für das
Bündnis Dortmund gegen Rechts

Utz Kowalewski
für
DIE LINKE.Dortmund

Doris Vorderbrügge
für das
Linke Bündnis Dortmund
-Parteilose Linke, DKP und SDAJ-

Fabian Bünнемann
für die
Linksjugend[solid].Dortmund

Doris Borowski
für den
DKP Kreisverband Dortmund

Wolf Stammnitz
für die
Fraktion DIE LINKEN im Rat

Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes

Antifaschistische Union
Dortmund

Ulla Jelpke
MdB DIE LINKE.